

---

## **Rede des Vorsitzenden der Fraktion FREIE WÄHLER zum Haushalt 2023/24 des Rhein-Erft-Kreises**

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Politik und Verwaltung,  
sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Vertreter der Medien,

eine ausführliche Vorrede erspare ich mir, sind wir doch über die Vielzahl an Herausforderungen unserer Zeit durch alle Vorredner schon informiert worden.

Wo stehen wir als kommunale Familie und welchen Weg wollen wir beschreiten?  
Vor Ihnen stehe ich als „erfahrener Kommunal“, so bin ich seit 28 Jahren Ratsmitglied in Bedburg und seit 12 Jahren Kreistagsabgeordneter.

Zusammen mit meiner Fraktionskollegin und meinem Fraktionskollegen haben wir uns als FREIE WÄHLER im Kreistag Rhein-Erft auch mit allen sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern beraten. Das sind nicht wenige und fast alle sitzen in den Räten unserer Städte.

Wir halten fest, dass viele Herausforderungen der letzten Jahre seitens der Kreisverwaltung und der Politik ordentlich bewältigt worden sind. Und das waren ja bekanntermaßen nicht wenige!

Dafür ein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und an die Führungskräfte; mussten sie sich beispielsweise im Ordnungsbereich, im Gesundheitsamt, in der Ausländerbehörde, im Straßenverkehrsamt oder so wie jetzt insbesondere in der Kämmerei so manchen Herausforderungen stellen.

Als Fraktion haben wir in der jüngsten Zeit notwendige und sinnvolle Investitionen in die Schulen des Kreises und die Kreisverkehrsgesellschaft mitgetragen. Wir begrüßen auch die Verstärkung des Katastrophenschutzes und Krisenmanagements in der Kreisverwaltung. Der Landrat hat hier verantwortungsvoll und richtig gehandelt.

Auch einiges andere scheint zu gelingen. So digitalisieren wir mehr, dadurch werden wir auch bürgerfreundlicher. Der digitalen Akte gehört die Zukunft. Hier ist noch ein weiter Weg zu gehen. Ebenso sind neue Ansätze bei unseren Bildungsstätten, insbesondere in Guidel, durchaus vielversprechend. Unserem Partnerkreis in Polen stehen wir

freundschaftlich zur Seite und helfen angemessen bei den Herausforderungen, vor denen man dort steht.

Der Strukturwandel hier im Rheinischen Revier ist in aller Munde.

Gerade jetzt in der Energiekrise beschließt man vorläufig mehr Kohle zu verbrennen, um danach noch schneller aus ihr auszusteigen. Das hat einerseits positive Effekte für den Klimaschutz, bringt aber auch sorgenvolle Gesichter bei Beschäftigten, Kommunen und Betrieben mit sich.

Natürlich wollen wir alle grüne UND günstige Energie. Das ist unstrittig!

Die Papierindustrie im Kreis Düren, die metallverarbeitende Industrie im Rhein-Kreis Neuss, die chemische Industrie entlang der Rheinschiene und die mittelständische Wirtschaft sind durch hohe Energiepreise schon jetzt bis ans Limit belastet. Wie geht es weiter ohne Kohlestrom?

Damit die geplante Transformation im Energiesektor gelingen kann, sind H<sub>2</sub>-fertige Gaskraftwerke, die wegen der zu erwartenden geringen Laufzeiten kapazitätsmarktfinanziert sein müssen, unerlässlich. \*

Ein Schmankerl am Rande: Seit letztem Jahr ist die namentlich ALLEGRO getaufte HGÜ-Leitung fertig, unterirdisch verlegt, verbindet diese das Elektrizitätsnetz des Rheinlandes mit dem in Belgien. Ursprünglich war die Leitung mit ihrer Übertragungsleistung von 1000 Megawatt dafür geplant worden, überschüssigen Braunkohlenstrom UND Windstrom nach Belgien zu liefern, um dort alte Kernenergieblöcke obsolet zu machen. Heute ist unter Fachleuten unumstritten, dass die Leitung viel stärker bidirektional genutzt werden wird und auch lauffzeitverlängerte Kernkraftwerke aus Belgien, insbesondere ab der zweiten Hälfte unseres Jahrzehnts, zu unserer Stromversorgung beitragen werden. Eigentlich ist das ein Treppenwitz der Geschichte, oder?

Warum geht es bei uns nicht schnell genug voran mit dem Ausbau der Erneuerbaren? Mit Speichern und Netzen? Überbordende Bürokratie, aber auch die Möglichkeiten, den Klageweg zu beschreiten, sorgen dafür, dass der Bau eines Windrades hier derzeit drei Mal so lange dauert wie in den USA. \*

Arbeitsplätze sind im Strukturwandel bislang jede Menge geschaffen worden, allerdings bei Beratern, in Gebietsverbänden, Verwaltungen, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und insbesondere bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, der ZRR.

Gut 80 Beschäftigte sollen hier den Strukturwandel steuern. Die Bewertungskriterien für eingereichte Projekte wurden nun vereinfacht. Das war auch dringend nötig, weil die Performance der ZRR gelinde gesagt bescheiden war.

Hunderte Millionen Euro Fördergelder sind schon in die Forschung und in Gutachten geflossen und viele drohen in Eh-da-Projekte zu fließen. Um die Nachhaltigkeit im Wandel auch in produktiver Hinsicht langfristig zu sichern, ist es daher dringend angeraten, die Förderkulissen zu überarbeiten. Wichtige Ansätze dazu sollen in den neuen Reviervertrag aufgenommen werden. Dankenswerterweise werden beispielweise unsere Wasserstoffbusse zu rund 50% gefördert. Nun müssen in unseren Städten endlich Förderzusagen für Hydrolyseure und Technologiehubs folgen. Die H<sub>2</sub>-Potentialstudie des Kreises lässt grüßen.

Natürlich ist das Thema Fachkräfte in aller Munde. Grundsätzlich haben wir die dringende Notwendigkeit der Einrichtung eines Bildungsbüros, eines Vernetzungspunktes für Bildungsakteure genau so beantragt wie die Gestaltungsmehrheit hier im Kreistag. Bei der volumenträchtigen Investition in das avisierte „Haus der Bildung“ regen sich bei uns aber auch Zweifel und Sorgen hinsichtlich der Tragbarkeit der zu erwartenden finanziellen Lasten.

Womit wir beim Thema Kreishaushalt 2023/24 angekommen wären:

Gegenseitige Vorhaltungen der Akteure oder auch die teils harschen, aus der Zeit fallenden Repliken helfen der kommunalen Familie in der Sache nicht weiter. Nachdenklich sollte uns insbesondere die Tatsache stimmen, dass kritische Aussagen zur in Rede stehenden Kreisumlage auch von vielen Wirtschaftsakteuren und der Industrie- und Handelskammer selbst kommen. In den Städten des Kreises hängen Steuerhöhungen wie ein Damoklesschwert über den Bürgern und Betrieben. Zurecht wird angemahnt, dass diese nicht in die Zeit passen!

Breite Kostensteigerungen belasten Bürger und Betriebe schon jetzt über Gebühr. Also geht es vor dem Hintergrund, unsere notwendige

Aufgabenwahrnehmung zu finanzieren, auch darum, wirtschaftlicher zu arbeiten, zu sparen und die Ausgleichsrücklage des Kreises für alle Beteiligten angemessen zur Finanzierung des Kreishaushalts einzusetzen.

Leider sind aus der Politik kaum Sparvorschläge eingegangen. Wir als Fraktion FREIE WÄHLER haben es versucht, leider erfolglos. Andere Fraktionen, allen voran die Gestaltungsmehrheit, haben in Summe einige Millionen Euro größtenteils freiwilliger Ausgaben bei den Beratungen auf den Entwurf des Kämmerers aufgesattelt.

Passt das in die Zeit?

Trotz erfreulicher Jahresabschlüsse der jüngsten Vergangenheit müssen wir rund 14 Millionen Euro zusätzliche abfallwirtschaftliche Rückstellungen bilden. Das schränkt unseren Handlungsspielraum weiter ein, ist aber nach Prüfung unumgänglich.

Nach genauer Sichtung des Haushaltsentwurfs sind wir zu dem Schluss gekommen, dass dieser von Herrn Gawrisch und seinen Mitarbeitern auch in Summe mit dem Veränderungsdienst sehr solide und belastbar aufgestellt worden ist. Für uns ergibt das im Umkehrschluss, dass eine stärkere Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gerade jetzt zu diesem Zeitpunkt möglich ist!

Unser Antrag auf Absenkung bis auf einen kalkulatorischen Restbestand von rund 32 Millionen Euro hätte dazu beitragen können, die Städte im Kreis zu entlasten. Dieser hat leider im Kreisausschuss keine Mehrheit finden können. Selbstverständlich würde eine massive Inanspruchnahme, gar eine Abschmelzung der Ausgleichsrücklage das Risiko zukünftiger, deutlicher Schwankungsauslässe beim Umlagesatz mit sich bringen. Dies zu fordern wäre töricht.

**Nun, unser Antrag ist eine vertretbare Kompromissformel gewesen. Diese hätten alle KT-Mitglieder hier, aber auch in ihren Städten mittragen können.**

Auch in sachlicher Hinsicht von uns gestellte Anträge, beispielsweise zur zukünftigen Einführung der Wertstofftonne, sind unisono abgelehnt worden.

In Summe bleibt festzuhalten:

Die Fraktion FREIE WÄHLER im Kreistag Rhein-Erft kann dem Kreisdoppelhaushalt 2023/24 NICHT zustimmen!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. \*

Freigabe: 23.März 2023, 18:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Karl Heinz Spielmanns, Fraktionsvorsitzender FREIE WÄHLER im KT Rhein-Erft

\*Ggf mdl Ergänzungen